

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 26. Februar 2019
gt/jf/F.4-016

Antrag: Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei der Stadt Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

- 1. Die Stadt Leverkusen verzichtet bei allen zukünftigen Beschäftigungsverhältnissen, einschließlich derer die sich zurzeit im Ausschreibungsverfahren befinden, ausnahmslos auf sachgrundlose Befristungen nach § 14 Abs. 2a und Abs.3 TZBfG und wandelt alle derzeitigen sachgrundlos befristeten in unbefristete Arbeitsverträge um.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, sich gegenüber den städtischen Beteiligungsgesellschaften dafür einzusetzen, dass Arbeitsverträge dort nicht mehr ohne Sachgrund befristet werden. Dabei soll er unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten die dafür erforderlichen Maßnahmen einleiten und für ihre Umsetzung sorgen.**
- 3. Über die Umsetzung in den städtischen Beteiligungsgesellschaften wird der Personal- und Organisationsausschuss jährlich informiert.**

Begründung:

Unsere Verwaltung muss immer mehr Aufgaben übernehmen bei gleichzeitig vorherrschendem Personalmangel. Und diese Entwicklung wird sich voraussichtlich so weiterziehen, denn: Es mangelt an jungen Leuten. Das ist auch leicht zu erklären: Tätigkeiten in der Verwaltung sind unsexy. Und das nicht wegen der zu leistenden Arbeit, sondern wegen der Beschäftigungsverhältnisse. Galt es früher noch als guter und sicherer Arbeitsplatz, hat heute auch dort die Praxis der Befristungen Einzug erhalten.

Befristungen sind ein Werkzeug, um schwankenden Bedarfszahlen an Arbeitnehmern Herr zu werden. Dazu muss jedoch ein triftiger Grund vorliegen, der eine solche Befristung zulässig macht. Sachgrundlose Befristungen hingegen umgehen diese notwendige Begründung. Und zwar zu Lasten der Arbeitnehmer – und zumeist den jungen Arbeitnehmern, die wir so dringend brauchen.

Junge Menschen sind nämlich überproportional von Befristung betroffen. Befristungen haben gravierende Nachteile für die Beschäftigten: kein Kündigungsschutz, drohende Arbeitslosigkeit wegen Auslaufen der Befristung, kein Schutz für Betriebsrats- und Personalratsmitglieder. Hinzu kommt, eine Befristung stellt eine erhebliche Belastung der Beschäftigten dar und ist die Hauptursache für eine pessimistische Zukunftserwartung. Eine

Befristung erschwert die Zukunftsplanung für die Beschäftigten und verstärkt damit den demographischen Wandel.

Daher muss sich die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften insbesondere vor dem Hintergrund der immer schwieriger werdenden Personallage als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Während Industrie und Handel immer noch auf sachgrundlose Befristungen, besonders für junge Menschen und Berufseinsteiger setzen muss sich die Stadt hier als ein verlässlicher und langfristiger Partner im Arbeitsleben dieser Menschen darstellen und einen Konterpart zu unsicherer Zukunft bieten. Nur so kann unsere kommunale Verwaltung als Arbeitgeber wieder interessant werden und der grassierenden Personalnot und dem demographischen Wandel in der Stadtverwaltung Einhalt geboten werden.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Oliver Ruß
Personalpolitischer Sprecher